



von Helmut Markwort

Es ist eine Schande, dass der Bundestag nicht kleiner wird

Montag

Deprimierende Nachricht aus Berlin. Die Verwaltung des Bundestags hat beim zuständigen Bauamt der Stadt vorsorglich angefragt, ob um das Parlament herum Bürocontainer aufgestellt werden könnten. In diesen Menschenbehältern sollen Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter untergebracht werden. Die Anfrage lässt den pessimistischen Schluss zu, dass die Mitarbeiter von Wolfgang Schäuble nicht an eine Wahlrechtsreform glauben und eine weitere Aufblähung des Bundestags befürchten.

Die Wucherung verläuft dramatisch. Gesetzlich vorgesehen sind 598 Abgeordnete: die eine Hälfte direkt gewählt, die andere über die Landeslisten der Parteien. Tatsächlich sitzen derzeit 709 Volksvertreter im Reichstag, 111 zu viel. Sie verdanken ihren Platz einigen Überhangmandaten, die durch Ausgleichsmandate zugunsten fast aller Parteien vervielfältigt werden.



Ratlos Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble leidet, weil das Parlament nicht kleiner wird

Diese Entwicklung kann sich bei der nächsten Wahl noch steigern, sodass eine Zahl von 800 Abgeordneten befürchtet werden muss. Nur China hat mehr. Das amerikanische Repräsentantenhaus kommt mit 435 Abgeordneten aus.

Ursache für noch mehr Überhang- und Ausgleichsmandate ist die Verteilung der Stimmen auf immer mehr Parteien. Rechenbar ist, dass ein Kandidat mit nur 25 Prozent der Stimmen direkt gewählt wird und damit mehrere Ausgleichsmandate auslöst.

Die Parteien kennen diese Problematik, können sich aber nicht auf die notwendige Reform des Wahlrechts einigen.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kämpft wie schon sein Vorgänger Norbert Lammert bisher ohne Erfolg gegen den Egoismus der Gruppierungen.

Obwohl die Zahl der Abgeordneten unbedingt reduziert werden muss, scheuen die Fraktionen die Selbstverkleinerung. Dabei ist Eile geboten. Bald im nächsten Jahr werden die ersten Kandidaten aufgestellt. Die Kommunen müssen mit der Organisation beginnen. Gerade hat der Bund der Steuerzahler vorgerechnet, dass der XXL-Bundestag 2020 mehr als eine Milliarde Euro kosten wird.

Wenn die Abgeordneten sich nicht selbst beschränken können, sollten sie eine Kommission von Verfassungsrechtlern, Mathematikern und auch Parteiverantwortlichen mit der Reform beauftragen.

Wenn das Parlament nicht endlich verkleinert wird, wäre das eine Schande für unser System. Die Bürger, Wähler und Steuerzahler haben kein Verständnis für diese kostspielige Schlamperei. Sogar die Italiener haben es geschafft, ihr Parlament zu verkleinern.



Linienmesser Peter Frey, Chefredakteur des ZDF, will nicht wahrhaben, dass viele Journalisten grün fühlen

Dienstag

In einem Gespräch mit der „Zeit“ hat uns der ZDF-Chefredakteur Peter Frey in seine Gedankenwelt blicken lassen. Er sagt: „Wir Medien haben niemanden zu erziehen.“ Bravo! Er fährt aber fort: „Aber wir müssen zeigen, wo die Grenzen demokratischer Gesinnung verlaufen.“ Offenbar weiß er, wo die Linien verlaufen, und will festlegen, wer nicht demokratisch gesonnen ist. Er kann sogar hellsehen. Bei den 259382 AfD-Wählern in Thüringen erkennt er, dass sie „bewusst rechtsextrem“ gewählt haben. Dabei steht in seinen Unterlagen, dass viele „trotz Höcke“ für diese Partei gestimmt haben.

Er wehrt sich gegen die Einschätzung, der Journalistenstand habe einen „rot-grünen Einschlag“. Zutreffender wäre grün-rot. Dazu ganz frisch die Rangliste der Talkshow-Gäste 2019. Erster Platz Baerbock (Grüne) mit zehn Auftritten, zweiter Röttgen (CDU) mit neun, dritter Kühnert (SPD) mit acht, vierte mit jeweils sieben Auftritten Göring-Eckardt (Grüne), Wagenknecht (Linke), Feldenkirchen („Spiegel“) und Altmaier (CDU).

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: imago images, BrauerPhotos/Neugebauer